



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886890

E/XIII/21 - 25. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Poseure der Regierung Jetzt auch "Volksbund" als Propaganda-Institut Zu dem Inserat gegen die Kennan-Vorschläge	55
3 - 4	Noch ist Afrika nicht verloren Gute Ansätze einer euro-afrikanischen Zusammenarbeit	74
5 - 6	Das Mädchen Taniko Späte Opfer von Hiroshima	72
7	Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 24. Januar 1958 in Bonn	37

\* \* \* \* \*

Posaune der Regierung

sp- Kapitalstarke Institutionen scheinen immer mehr dazu überzugehen, ihre Anliegen und Auffassungen auf dem Wege über bezahlte Zeitungsinserate vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Wir erinnern nur an die millionenschwere "Waage"-Werbung, an die zahlreichen ganzseitigen Propagandaartikel von Bundeswirtschaftsminister Dr. Erhard und an die Inserate der Interessenverbände in den vergangenen Jahren. Jetzt wird offenbar, auch auf dem Gebiet der Aussenpolitik über grossflächige Zeitungsanzeigen auf die öffentliche Meinung Einfluss auszuüben versucht.

Am vergangenen Freitag veröffentlichte das bekannte Propagandainstitut "Der aktuelle Osten" eine ausführliche Stellungnahme des früheren amerikanischen Aussenminister Dean Acheson zu den Rundfunkvorträgen des früheren amerikanischen Botschafters George Kennan als Anzeige in verschiedenen Tageszeitungen. Nun ist aber "Der aktuelle Osten" nur eine Filiale des "Volksbundes für Frieden und Freiheit" und wird also hauptsächlich aus Fonds verschiedener Bundesministerien für antikommunistische Propaganda-Aufgaben subventioniert. Doch es dürften Steuergelder sein, die hierfür Anzeigen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ausgegeben worden sind. Auch wenn der "Volksbund" noch von anderer Seite - etwa von ausländischen Interessenten oder aus Wirtschaftskreisen - Zuwendungen erhalten sollte, würde das hieran nichts ändern.

Dabei ist nicht einmal recht zu erkennen, welchen Nutzen sich die Auftraggeber von einer Veröffentlichung einer kritischen Äusserung Achesons zu den Kennan-Vorschlägen versprechen. Ehestens wäre doch anzunehmen, dass ihnen der starke Eindruck, den Kennan mit seinen Vorschlägen für eine internationale Entspannung und deutsche Wiedervereinigung in der deutschen Öffentlichkeit hinterliess, unangenehm ist. Geht man aber von den satzungsmässigen Aufgaben des "Volksbundes für Frieden und Freiheit" aus, nämlich Aufklärungsarbeit über Wesen und Ziele des Bolschewismus zu leisten, so läge direkt die Schlussfolgerung nahe, man sähe in Kennans Vorschlägen eine kommunistische Unterwanderung, der mit der Erklärung von Acheson begegnet werden soll.

Wir haben uns immer gegen die Tätigkeit von Vereinen ausgesprochen, die weder über demokratisch gewählte Vorstände noch über Mitglieder verfügen und ihre Existenz ausschliesslich der Tatsache verdanken,

dass gewisse Geldgeber die öffentliche Meinung propagandistisch beeinflussen. Die Erfahrung hat auch gezeigt, dass es zuweilen politisch recht fragwürdige Propagandisten sind, die sich in diesen Vereinen für Geld zur Verfügung stellen, ohne dafür vor der Öffentlichkeit Verantwortung tragen zu müssen. Wenn der "Volksbund für Frieden und Freiheit" bis heute im wesentlichen ungehindert arbeiten konnte, so deshalb, weil er allen demokratischen Parteien stets seine Loyalität versicherte und eine Unabhängigkeit behauptete, die in Wirklichkeit offenbar nicht vorhanden ist.

Dem nun stellt sich also her aus, dass die Bundesregierung ihr nicht nur für antikommunistische Propaganda einspannt, sondern auch für die propagandistische Unterstützung ihres in der deutschen Bevölkerung weitgehend abgelehnten aussenpolitischen Kurses, der an allen bisherigen Entspannungs- und Wiedervereinigungsvorschlägen vorbeiführt wie an eigenen Initiativen. Man wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass neben der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" nunmehr auch der "Volksbund für Frieden und Freiheit" als weiteres Propaganda-Institut der Bundesregierung tätig ist, nachdem er seinen Aufgabenkreis bereits auf die Unterstützung der aussenpolitischen Linie der Bundesregierung erweitert hat.

\* \* \*

#### Die Meinungspressen stirbt in Frankreich

-E-, Paris

Paris ist um eine tapfere Zeitung ärmer. Der unabhängige, sozialistisch eingestellte "Franc-Tireur", der im Herbst des Vorjahres in den Besitz eines kapitalistischen Verlegers überging und anschließend seinen Namen in "Paris-Journal" änderte, macht jetzt eine neue Wandlung durch, die ihn seines politischen Charakters entkleidet. Die bisherigen Chefredaktoren, Georges Altman und Charles Ronaco, die als Vertreter eines sozialistischen und europäischen Kurses dem "Franc-Tireur" einen Stempel aufgedrückt haben, der ihn zur Zeitung der demokratischen und republikanischen Linken machte, haben nun, nach einer kurzen Übergangszeit voller Enttäuschung "Paris-Journal" verlassen, das nun wahrscheinlich finanziell erfolgreichere Wege einschlagen wird, um den Forderungen seines Besitzers gerecht zu werden. Das Verschwinden des tapferen "Franc-Tireur" schafft eine neue Leere im französischen Blätterwald, der äusserst arm an Zeitungen von festen politischen Charakter ist. Die sozialistische Tagespresse ist in Paris nahezu verschwunden. Das Zentralorgan der sozialistischen Partei, "Le Populaire", erscheint seit Jahren nur zweiseitig und in sehr kleiner Auflage. Zu Massenauflagen, die Gewinn abwerfen, bringen es fast nur noch Zeitungen, die auf Sensationen ausgehen und sich dem vermeintlichen Publikumsgeschmack anpassen, oder aber Zeitungen, wie der konservative "Figaro", der sein eigenes Druckhaus und eigenkapitalkräftige Eigentümer hat.

\* \* \*

- 3 -

Noch ist Afrika nicht verloren  
-----

H.E.D. Wenige Tage, nachdem die afro-asiatische "Solidaritätskonferenz" in Kairo zu Ende gegangen war, trafen sich, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, Vertreter von mehreren Mitgliedsstaaten der sogenannten 'Kommission für technische Zusammenarbeit in Afrika südlich der Sahara' in London zu vertraulichen Besprechungen. Jene im Jahre 1950 gegründete Kommission, der neben Grossbritannien, Frankreich, Belgien, Portugal auch die Südafrikanische Union und neuerdings die Föderation Rhodesien sowie der Freistaat Liberia und als jüngstes Mitglied Ghana angehören, bemüht sich um die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit bei der Erschliessung des 'schwarzen' Afrikas. Es geht hierbei nicht nur um Projekte zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Standards der afrikanischen Territorien, sondern auch um den geographisch-politischen 'Zusammenschluss'.

Dieser Kommission, die u.a. mit Interorganisationen der UN, wie der FAO und dem Weltgesundheitsdienst zusammenarbeitet, ist es zu danken, daß alle beteiligten Staaten, gleich ob sie koloniale Territorien oder unabhängige Regionen sind, sich als Einheit zu begreifen gelernt haben. Der enge Austausch von Fachleuten und Experten auf den verschiedensten Gebieten hat zu einer echten euro-afrikanischen Kooperation geführt. Zum Beispiel arbeiten liberianische Flugzeugmonteure in Ghana, rhodesische Erosionsspezialisten werden von Kongo angefordert, und südafrikanische Ärzte wirken in Französisch-Äquatorialafrika. Jene Kommission, deren Bedeutung für das Afrika südlich der Sahara so gross geworden ist, dass selbst die sonst so auf 'Apartheid' bedachte Regierung der Südafrikanischen Union nicht mehr auf eine Mitarbeit mit Ghana oder Liberia verzichten will, versucht nun, aufbauend auf den Erfolgen der letzten acht Jahre, eine zweite Etappe der euro-afrikanischen Zusammenarbeit zu beginnen.

Schon im vergangenen Jahr war es besonders auffällig, dass Ghanas Ministerpräsident Kwame Nkrumah auf der Commonwealth Konferenz in London auf die Wichtigkeit dieser Kommission hinwies und sie geradezu als ein Gegenstück zum südostasiatischen 'Colombo-Plan' bezeichnete. Und es ist weiterhin kein Wunder, dass die nächste offizielle Zusammenkunft der Mitgliedstaaten dieser

Kommission in Accra, der Hauptstadt Ghanas statt finden wird. Auf der jüngsten 'Geheimsitzung' in London wurde besonders Wert darauf gelegt, mehr europäische und afrikanische Länder an dieser 'Kooperation' zu interessieren. Unter anderem dachte man, an eine Beteiligung der Bundesrepublik und unter Umständen auch der USA. Die Teilnahme Ghanas an diesen Besprechungen wird von allen offiziellen Stellen des Westens nicht unterschätzt, wird sie doch, in etwa zu Recht, als ein Beweis ausgelegt, dass afrikanische Staaten, die zur Unabhängigkeit gelangt sind, weniger bereit sind, auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem ehemaligen 'Mutterland' zu verzichten als etwa Länder in Asien.

Es ist kein Geheimnis, dass Dr. Kwame Nkrumah der Kairoer 'Solidaritätskonferenz' mit sehr gemischten Gefühlen gegenüberstand. Ihm missfiel vor allen Dingen, dass es den Afro-Asiaten nicht gelang die Führung des Kongresses eindeutig in die Hand zu bekommen. Weiterhin dürfte ihm nicht verborgen sein, dass auch die wirtschaftlichen Hilfsversprechungen Moskaus in vielen Fällen einfach nicht realisiert werden konnten. Auf keinen Fall möchte er die jüngst erst gewonnene Unabhängigkeit durch ein Techtelmechtel mit der Sowjetunion aufs Spiel setzen.

Hand in Hand mit den technischen und wirtschaftlichen Überlegungen innerhalb der Kommission gehen Besprechungen zwischen den einzelnen europäisch-afrikanischen Staaten, die sich mit der militärischen Verteidigung des Gebietes südlich der Sahara befassen. Sowohl die Südafrikanische Union als auch Ghana, sind grundsätzlich bereit, im Falle X die Verteidigung des schwarzen Afrikas gemeinsam durchzuführen. Ohne Wissen der Öffentlichkeit haben erst vor wenigen Monaten militärische Besprechungen zwischen Accra und Pretoria stattgefunden.

Man geht nicht fehl, dass besonders die Ereignisse in Kairo, und hier nicht nur das propagandistische Werben der Sowjetunion, sondern auch die relative Stabilität der afrikanischen Delegationen gegenüber sowjetischem oder ägyptischem Druck, die westliche Welt überzeugt haben, dass noch nicht alles in Afrika verloren ist. Denn das eigentliche Afrika beginnt erst südlich der Sahara. Aber, und das sollte nicht vergessen werden, eine Regelung der Algerienfrage würde die Arbeiten der Kommission mehr als erfolgreich gestalten können.

Das Mädchen Tamiko

Von Day Inoshita

Dies ist die Geschichte des Mädchens Tamiko aus Hiroshima. Tamiko war 5 Jahre alt als die erste Atombombe von amerikanischen Fliegern auf ihre Heimatstadt abgeworfen wurde.

Tamiko spielte im Garten des elterlichen Hauses, 1 200 Meter vom Gebäude der Industrie- Ausstellung entfernt, über dem die Bombe explodierte. Als Tamiko das Brummen der Motoren der B-29 hörte, die mit ihrer höllischen Last über der Stadt schwebte, rannte sie ins Haus. Sie hatte gerade die Schwelle überquert, als die Bombe sich in einem gigantischen Feuerball auflöste.

Tamiko, ihr vier Wochen alter Bruder und ihre Mutter wurden unter den Trümmern ihres Hauses begraben. Ihr Vater, ein Eisenbahner, kam durch die brennende Stadt angelaufen, um nach seiner Familie zu sehen. Er grub sie mit nackten Händen aus den Trümmern. Die Mutter und das Baby schienen unversehrt. Tamiko hatte Verbrennungen am linken Arm und am linken Bein. Die Familie floh aus der zerstörten Stadt, in das zwischen Hügeln eingebettete Dorf Jatschijc, zu Verwandten. Erst nach vier Tagen konnte ein Arzt aufgetrieben werden, der nach Tamikos Verletzungen sah. Ihre Glieder waren inzwischen dick angeschwollen, und in den offenen Brandwunden sassen Maden.

Mehrere Monate lang litt Tamiko an der Strahlenkrankheit. Ihr Haar fiel aus, Übelkeit und Durchfall machten ihr das Leben zur Hölle. Allmählich erholte sie sich und wurde trotz aller Schrecken zu einem aufgeweckten, gesunden und fröhlichen Mädchen. Sie besuchte die Oberschule, hatte Freude an Sport und Musik und sammelte Schallplatten und Photographien. 1953 starb ihr Vater an Magenkrebs. Einige Monate später erkrankte ihre Grossmutter, die eine Woche nach dem Angriff nach Hiroshima gegangen war, um nach Überbleibseln ihrer Habe zu sehen, an Gebärmutterkrebs. Tschijoko, Tamikos Mutter, musste sich eine Arbeit suchen, um für die Grossmutter und die Kinder aufkommen zu können.

Im November 1956 machte sich an Tamikos Hals eine Schwellung bemerkbar. Der Hausarzt glaubte zunächst an eine Mandelentzündung. Dieser Verdacht bestätigte sich nicht, und die Schwellung wurde grösser. Der Arzt empfahl eine Operation, aber dazu fehlte das Geld. Im Mai 1957 konnte endlich eine Operation unternommen werden. Die Ursache der Schwellung wurde dabei als Schilddrüsen-Krebs diagnostiziert. Der Chirurg glaubte, die Wucherung entfernt zu haben, aber nach der

P/XIII/21

25. Januar 1958

Entlassung aus dem Krankenhaus traten neue Schwellungen auf. Am 6. Juli 1957 wurde Tamiko in das "Atombomben-Gedächtnisspital" in Hiroshima eingeliefert. Die Schwellung war inzwischen so gross wie eine Männerfaust geworden.

Tamiko war so geschwächt, dass die Ärzte keine neue Operation wagten. Sie verlor ihren Appetit und konnte nur noch unter Schmerzen essen. Schliesslich behinderte die Wucherung die Atmung. Tamiko wollte nicht mehr leben. Am Vormittag des 17. November sagte sie zu ihrer Mutter, die am Bett sass: "Sajonara, Okasan (Auf Wiedersehen, Mutter!). Wenn ich das nächstemal die Augen schliesse, werde ich sterben." Wenige Minuten darauf schloss sie die Augen - für immer.

Bei der Autopsie wurden zwei grosse Tumore an der Schilddrüse und am Kehlkopf gefunden sowie Krebswucherungen in der Lunge, an der Leber und am Herzen. Dr. Kendschiro Mori, der Chirurg, der Tamiko betreute und ihre Leiche untersuchte, erklärte: "Krebswucherungen dieser Art habe ich bei einem so jungen Menschen nie beobachtet, und nur selten bei älteren Patienten. Ich habe keinen schlüssigen Beweis dafür, dass die Atombombe die Ursache war. Aber radioaktive Strahlung führt häufig zu Krebs. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass Tamiko ein Opfer der Atombombe ist."

Fest steht, dass in Hiroshima die Häufigkeit von Leukämie und Krebs grösser ist als in anderen japanischen Städten. Auch Todesfälle durch Krebs und Leukämie sind in Hiroshima häufiger als im übrigen Japan.

Tamiko war einer der 38 Menschen, die 1957 an Krankheiten starben, die die japanischen Ärzte auf die Atombombe zurückführten. Statistiken über Todesfälle unter den Überlebenden von Hiroshima werden erst seit 1954 geführt. Sie ergeben ein unheimliches Bild: Von Jahr zu Jahr wird die Zahl der Todesfälle grösser, die auf die schleichende Nachwirkung der Bombe zurückgeführt werden. 1954 und 1955 waren es je sechzehn, 1956 schon 26 und 1957 bereits 38. Und im Januar 1958 wurde ein weiterer Todesfall bekannt.

Die Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki überkommt angesichts dieser Zahlen eine lähmende Furcht: Wer wird der Nächste sein? Wieviele Menschen, die glaubten, noch einmal davongekommen zu sein, wird der Atomtod sich noch holen? \* \* \*

Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD  
am 24. Januar 1958 in Bonn

In der Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 24.1.1958, die unter Leitung von Erich Ollenhauer in Bonn stattfand, wurde übereinstimmend festgestellt, dass die grosse aussenpolitische Bundestagsdebatte vom Vortage mit einer Niederlage der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien endete, zumal den sachlichen Argumenten und Anklagen der Oppositionssprecher nur vage Ausflüchte und Beschimpfungen gefolgt waren. Bereits am Freitag sind beim Parteivorstand der SPD zahlreiche Sympathiebezeugungen für die Haltung der Opposition eingegangen, die alle in der Forderung gipfeln, die Argumente der Oppositionssprecher so schnell wie möglich in Form von Broschüren, Plakaten und auf Kundgebungen der Bevölkerung der Bundesrepublik zugänglich zu machen. Erich Ollenhauer stellte in diesem Zusammenhang fest, dass die Auflehnung gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik immer stärker werde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erstatteten die Vorstandsmitglieder Herbert Wehner und Fritz Erlor ausführlich Bericht über die Beratungen des Sicherheitsausschusses der Sozialistischen Internationale am 8. Januar in Paris, an der als Vertretung der SPD die Vorstandsmitglieder Ollenhauer, Wehner, Erlor und der aussenpolitische Referent beim Parteivorstand, Heinz Putzrath, teilgenommen hatten. Wie Ollenhauer im Anschluss an die Berichterstattung betonte, hat sich in der Sozialistischen Internationale bei zahlreichen Parteien eine Annäherung an den Standpunkt der SPD in den Sicherheitsfragen vollzogen. Insbesondere besteht zwischen der britischen Labour-Party und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sowie den skandinavischen Parteien weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Situation und des einschlagenden Weges zu einer Entspannungspolitik in Europa.

Vorstandsmitglied Alfred Nau berichtete über die in letzter Zeit erfolgten Fühlungsnahmen zwischen den sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern des DGB und den Vorständen der Industriegewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei. Hierbei wurden von den Gewerkschaftsvertretern die Folgen der Preiswelle erörtert. In der Beurteilung der Situation besteht zwischen der SPD und den Gewerkschaften Übereinstimmung.

Die Erörterung organisatorischer Fragen bildete den Abschluss der Vorstandssitzung. Die nächste Sitzung des Parteivorstandes der SPD wird am 7. Februar 1958 in Bonn stattfinden.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel